

Gipfel im Blick

Die Bundesregierung ist überzeugt, daß die harten DDR-Urteile gegen drei Fluchthelfer — zweimal lebenslänglich, in einem Fall acht Jahre — nicht gegen den Fortgang der deutsch-deutschen Entspannungen gerichtet sind. Die extremen Strafen sollen nach Bonner Erkenntnis dazu dienen, die immer stärker werdende Absetzbewegung von medizinischen Spezialisten aus der DDR zu stoppen. So haben die beiden zu lebenslanger Haft verurteilten Berufsschleuser nach DDR-Angaben zwischen 70 und 80 Mediziner, vornehmlich aus Kliniken in den Berliner Stadtteilen Buch und Friedrichshain, gegen einen Kopfpreis von durchschnittlich 40 000 Westmark aus der DDR herausgeschmuggelt. Die DDR-Behörden hoffen, die hohen Strafen würden Risiko und Preise der Fluchthelfer so in die Höhe treiben, daß selbst gutsituierte Mediziner ihren Drang in den Westen

zügeln müssen. Kanzler Helmut Schmidt will seine Deutschlandpolitik um so weniger stören lassen, als ihm inzwischen Berichte vorliegen, wonach es sich zumindest bei einem der Lebenslänglichen, dem 41jährigen Wolfgang Schiebel, um einen in der Bundesrepublik gesuchten Kriminellen handelt, gegen den drei Haftbefehle aus Augsburg bestehen. Und Bonns Protest geriet auch noch aus anderem Grund eher zur Pflichtübung: Schmidt will den KSZE-Gipfel im Sommer dieses Jahres in Helsinki zu einem spektakulären Treffen mit SED-Chef Erich Honecker nutzen.

NRW: Weekend-Wahl

Bis zu 20 Prozent der 11,9 Millionen wahlberechtigten Bürger Nordrhein-Westfalens wollen, wie die Antragsflut schließen läßt, ihre Stimmen für den 4. Mai brieflich abgeben: Das verlängerte Weekend von Donnerstag (1. Mai) bis

Sonntag lockt offenbar vor allem Bewohner der rund 30 Großstädte an Rhein und Ruhr zu Camping-Urlaub und Holland-Fahrten. Ob die Briefstimmen aber kommen, läßt wegen der komplizierten Ausfüll-Arbeit alle Parteien um Prozente bangen: Die Antragsteller erhalten von den Wahlämtern bis zu drei Stimmzettel, Wahlumschlag, Siegelmarken, Postkuverts und Formulare für eidesstattliche Erklärungen samt ausführlichen Beschreibungen — neben dem Landtag werden am 4. Mai auch Kommunal- und Kreisparlamente gewählt. Die Stimmzettel differieren zwar farblich, aber mal steht die CDU obenan, mal die SPD. Wenn eine Unterschrift fehlt, wenn die Wahlbriefe in einen Sammelumschlag gesteckt oder verspätet eingeworfen werden, ist die Stimme ungültig. Zudem erreicht nach Kenntnis der Wahlbehörden die Kreuzchen-Hilfe bei der geheimen Wahl zu Hause häufig ein „unzulässiges Ausmaß“ — Anzeigen wegen Wahlfälschung und Anfechtungen werden erwartet. Einzige Erleichterung für eilige Fernwähler: Das Porto für unfrankierte Briefwahl-Briefe muß bei Empfang der Wahlleiter zahlen.

Ein Loch von 85 000 Schweizer Franken

Bonn erwartet diese Woche die Einstellung des Bestechungsverfahrens gegen den CDU-Abgeordneten Heinrich Gewandt — allerdings mit einem Ermittlungsergebnis, das der CDU keine rechte Freude bereiten wird. Der 48jährige Mittelstandspolitiker aus Hamburg hatte bei einem Liechtensteiner Lobbyisten (dessen Pariser Rüstungsfirma S.N.E.C.M.A. den Zuschlag für die Lieferung der Triebwerke des deutsch-französischen Kampfflugzeugs Alpha Jet erhielt) sechsstellige Beträge losgeeist — mit Hinweisen auf notwendige „Vorleistungen“ und auf „hilfriche Geister“, die man „bei Laune halten möchte“. Kassierer Gewandt und der von ihm geleitete Diskussionskreis Mittelstand der Unions-Fraktion deklarierten das Geld kurzerhand als Spenden für die Partei, während die Koblenzer Staatsanwaltschaft die „hilfreichen Geister“ unter den Beamten der Beschaffungsbehörden vermutete. Kurz vor einer Durchsichtung der Bonner Arbeitsräume Gewandts am 4. Dezember vergangenen Jahres gerieten dem Bürochef des seit langem vorgewarnten Fraktionschefs Karl Carstens versehentlich wichtige Unterlagen in den Reißwolf, und die Fahndung nach einem bestochenen Beamten verlief im Sande. Doch auch nach Abschluß der Ermittlungen klafft zwischen dem, was die Fraktion als



Gewandt

Spenden quittiert, und dem, was der Liechtensteiner an den Abgeordneten Gewandt gezahlt haben will, ein Loch von rund 85 000 Schweizer Franken. Wegen derlei Unstimmigkeiten und wegen anderer Transaktionen des CDU-Parlamentariers — etwa der Umbuchung von 25 000 Mark von einem Wahl-Sonderkonto auf sein Privatkonto und der Einrichtung eines Familienkontos in Vaduz — wird das Verfahren, soweit Heinrich Gewandt der Steuerhinterziehung verdächtig ist, vermutlich an die Hamburger Strafverfolgungsbehörden abgegeben.

MRCA- Notlandung

Ein Vogel, der über dem britischen Testflughafen Warton in das linke Triebwerk des zweiten MRCA-Prototyps geriet, hat die erste Notlandung des zukünftigen Europa-Mehrzweckkampfflugzeugs verursacht. Zu dem Beinahe-Desaster kam es, als der Cheftestpilot Paul Millett zum 18. Probeflug abhob: Millett bemerkte, daß die Öldruckmesser einen zu geringen Öldruck anzeigten, drosselte daraufhin den Schub und versuchte, zum Testflughafen des MRCA-Miterbauers British Aircraft Corporation (BAC) zurückzukehren. Da geriet ein Vogel in das Triebwerk. Es fiel aus, und Millett erwog für einen Augenblick, sich mit dem Schleudersitz zu retten. Trotz des bedrohlich abgesunkenen Öldrucks belastete er statt dessen das rechte Triebwerk mit dem maximal möglichen Schub und landete in Warton. Schon mehrfach gab es bei den MRCA-Triebwerken Rolls Royce RB 199 Temperatur- und Zirkulationsprobleme im Ölsystem. Änderungen, die dem hochgezüchteten Waffensystem (bisherige Entwicklungskosten: über drei Milliarden Mark) bald auf die Sprünge helfen könnten, sind vorerst jedoch nicht zu erwarten. Weil sich die Wartungstechniker der MRCA-Firmen Bristol und Rolls Royce nicht einigten, auf welchen Prüfständen die RB 199-Düsen getestet werden, befürchten Rolls-Royce-Manager „eine erhebliche Verzögerung“ in der Triebwerkauslieferung.